

Mehr Sozialarbeiter statt Alkoholverbot in der City

Einem immer wieder ins Gespräch gebrachten Alkoholverbot in der Innenstadt erteilt DIE LINKE im Rat eine klare Absage, weil unsinnig und lustfeindlich.

⋮ Seite 3

Neue Fraktionen in Rat und Region

Bei der Kommunalwahl im September wurden die neuen Mitglieder für Rat und Regionsversammlung gewählt. Die beiden neuen Linksfraktionen stellen sich vor.

⋮ Seite 2

Echtes Sozialticket statt „Ticket S“

Damit aus dem Sozialticket light ein echtes Sozialticket wird, macht die Linksfraktion in der Region weiter Druck.

⋮ Seite 4

Roter Faden

ZEITUNG DER FRAKTIONEN DIE LINKE IM RAT DER LANDESHAUPTSTADT
UND IN DER REGIONSVERSAMMLUNG HANNOVER

DIE LINKE.

Fraktionen in der Region Hannover

Liebe Leserin, lieber Leser,



hiermit halten Sie die aktuelle Ausgabe unserer Fraktionszeitschrift Roter Faden in den Händen, mit der wir über unsere

Politik in der Regionsversammlung, in den Räten und den Bezirksräten der Region Hannover informieren. Nach dem Ablauf der Legislaturperiode in diesem Herbst ist es Zeit, eine Bilanz unserer Arbeit in den vergangenen fünf Jahren vorzulegen. Einer unserer Schwerpunkte war dabei natürlich die Sozialpolitik, zum Beispiel der Kampf gegen Strom- und Gassperren, für ein vernünftiges Sozialticket und gegen die Schließung der Bücherei im Freizeitheim Linden.

In der Verkehrspolitik haben wir uns für eine Verbesserung des Radverkehrs und des Öffentlichen Personennahverkehrs und gegen die geplanten Hochbahnsteige auf der Limmerstraße eingesetzt. Beim Disaster um das immer noch als halbe Ruine dastehende Ihmezentrum haben wir immer wieder kritisch nachgefragt, ganz wichtig war und ist uns außerdem der Erhalt des Öffentlichen Raums. So waren wir die einzige Fraktion, die sich gegen die geplante Bebauung des Klagesmarktes, des Steintorplatzes und des Andreas-Hermes-Platzes hinter dem Bahnhof ausgesprochen hat.

Nicht zuletzt waren wir die einzige Partei, die die Kapitalerhöhung für die Deutsche Messe AG abgelehnt hat und die sich kritisch mit den zahlreichen Projekten der Öffentlich Privaten Partnerschaft (ÖPP) auseinandersetzt und diese auch ablehnt. DIE LINKE war, ist und bleibt die einzige soziale Opposition im Rat. Die nach jahrzehntelanger Machtausübung verknöcherte Koalition von SPD und Grünen braucht Druck von links, und den werden wir auch mit den neuen Fraktionen weiterhin aufrecht erhalten!

Ihr Oliver Förste
Fraktionsvorsitzender im
Rat der Landeshauptstadt

NEUE LINKSFRAKTIONEN IN RAT UND REGION STELLEN SICH VOR

„Herzlichen Dank, dass Sie uns Ihr Vertrauen bei der Kommunalwahl geschenkt und DIE LINKE oder Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN gewählt haben“, bedanken sich der alte und neue Fraktionschef der LINKEN im Rat, Oliver Förste, und der neue Vorsitzende der Regionsfraktion, Stefan Müller, bei den Wähler/innen. Beide Fraktionen wollen in den nächsten Jahren ein soziales und bürgernahes Korrektiv zur rot-grünen Mehrheit sein. Die Ratsfraktion hat in allen Ausschüssen nicht nur das Recht zu reden und Anträge einzubringen, sondern darf auch mit abstimmen. Die Regionsfraktion erhält das Stimmrecht in den großen Ausschüssen wie dem Sozial-, Verkehrs- und Wirtschaftsausschuss.

Neben Oliver Förste sind Gunda Pollok-Jabbi aus der Oststadt und Helga Nowak aus der Nordstadt in den Rat der Landeshauptstadt gewählt worden. Oliver Förste wird die Ausschüsse für Stadtentwicklung und Bauen, Umwelt und Grünflächen, Organisation und Personal und den Sozialausschuss übernehmen, dazu kommt der Verwaltungsausschuss. Helga Nowak wird DIE LINKE als stellvertretende Fraktionsvorsitzende und ausgewiesene Finanz- und Wirtschaftspolitikerin im Ausschuss für Haushalt, Wirtschaft und Liegenschaften und im Ausschuss für Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Liegenschaften vertreten. Gunda Pollok-Jabbi geht in den Schulausschuss, den Jugendhilfeausschuss, den Internationalen Ausschuss und in den Kulturausschuss. Die linke Ratsfraktion erhält auch zwei wichtige Aufsichtsratsman-

date. Den Sitz im Aufsichtsrat der Union-Boden GmbH wird Helga Nowak wahrnehmen, die auch dem Beirat der Deutschen Messe AG angehören wird. Oliver Förste wird der Geschäftsführung im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbh auf die Finger schauen.

Der Lindener Stefan Müller ist, zunächst für einhalb Jahre, Fraktionsvorsitzender der neuen linken Regionsfraktion geworden. Der studierte Sozialwissenschaftler arbeitet als Stadtbahnfahrer und gehört der Regionsversammlung seit 2001 an. Er übernimmt die Ausschüsse für Wirtschaft und Beschäftigung, Finanzen und den Regionsausschuss. Gleichberechtigte Stellvertreter sind Birgit Hundrieser aus Ricklingen und der Burgdorfer Michael Fleischmann. Birgit Hundrieser vertritt DIE LINKE im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit, im Gleichstellungs- und Schulausschuss. Als examinierte Krankenschwester und Physiotherapeutin will sie ihr Fachwissen vor allem in den Sozialausschuss einbringen. Zuletzt arbeitete sie im Bereich Sozialpolitik beim Bundestag. Michael Fleischmann nimmt im Verkehrsausschuss und im Ausschuss für Umwelt- und Naherholung Platz. Der Sozialwissenschaftler und Journalist gehörte der Regionsversammlung schon zwischen 2001 und 2006 an. In den neunziger Jahren wirkte er im Regionsvorläufer, dem Kommunalverband Großraum Hannover mit – damals noch für die Grünen – und war dort stellvertretender Vorsitzender der Verbandsversammlung.



Neue Linksfraktion im Rat
(von links):

Helga Nowak (63),
Oliver Förste (50),
Gunda Pollok-Jabbi (57)

Neue Fraktion in der
Regionsversammlung
(von links):

Stefan Müller (43),
Birgit Hundrieser (46),
Michael Fleischmann
(48).



VERKAUF DES IHMEZENTRUMS ENDET IM DESASTER

Die bürgerlichen Parteien und die Verwaltung priesen vor vier Jahren den Verkauf eines Großteils des Ihmezentrums an den amerikanischen Investor Carlyle Group als das städtebauliche Highlight. Das Unternehmen hatte der Stadt versprochen, im Erdgeschoss ein Einkaufsparadies einzurichten. Der Investor kassierte als neuer Eigentümer von der Stadt saftige Mietzahlungen, weil im Ihmezentrum auch kommunale und städtische Einrichtungen untergebracht sind. Nachdem allerdings die



Das Ihmezentrum - eine Bauruine im Erdgeschoss

ersten Bagger angerückt waren, meldeten die Fondsgesellschaften des US-Investors mitten in der Umbauphase Insolvenz an. Zurückgeblieben ist der finanzielle Schaden für die Stadt, und 2.400 Menschen wohnen auf einer Bauruine mit einem kaputten ausgebagerten Erdgeschoss. Heute arbeitet die Landesbank Berlin als größte Gläubigerin fieberhaft an einer Rettung des riesigen Gebäudekomplexes.

Gegen die Privatisierung des Ihmezentrums stimmte seinerzeit nur DIE LINKE im Rat und machte auf dubiose personelle Verflechtungen der Carlyle Group aufmerksam. So war früher einmal Salim Bin Laden, der Bruder von Ossama Bin Laden, an dieser Investmentfirma beteiligt. Nachdem zwei Jahre vor dem ersten Golfkrieg der ehemalige US-Verteidigungsminister und CIA-Vize-Direktor Frank C. Carlucci ins Unternehmen gekommen war, ging es steil aufwärts. Der Filmemacher Michael Moore kritisierte in seinem Film Fahrenheit 9/11 die Investitionen des Unternehmens in die Luftfahrt- und Rüstungs-Industrie. Sowohl der ehemalige US-Präsident H. W. Bush als auch sein Sohn und der spätere US-Präsident George W. Bush waren schon im Vorstand dieses Unternehmens.

ERFOLGREICHE STIMME DER „KLEINEN LEUTE“



Siegfried Seidel hat als linker Ratsherr im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt in den zurückliegenden Jahren den „kleinen Leuten“ eine Stimme gegeben, die sonst nicht gehört werden – und, kaum zu glauben: Viele seiner Anregungen

und Anträge wurden tatsächlich umgesetzt, wenn häufig auch erst nach langer Zeit und vielen Auseinandersetzungen. DIE LINKE regte etwa die Integrierte Gesamtschule in Badenstedt an. Seidel beantragte eine Bedarfampel an der Carlo Schmidt Allee/Ecke Davenstedter Markt, um diesen Unfallschwerpunkt zu entschärfen. Nach fast vierjähriger Diskussion im Bezirksrat wurde die Ampel schließlich errichtet. Die Straße war durch mehrere schwere Unfälle in die Schlagzeilen geraten. Zwei Todesfälle wären vermeidbar gewesen, wenn die Verwaltung

sofort gehandelt hätte. DIE LINKE im Bezirksrat schlug erfolgreich vor, einen offenen Bücherschrank in Körtingsdorf aufzustellen. Sie beantragte, die Jugendlichen zu fragen, ob sie einen Jugendplatz im Fössegrünzug haben möchten, der daraufhin eingerichtet wurde. Anregungen aus der Bevölkerung hat Siegfried Seidel dankend aufgenommen und im Bezirksrat zum Thema gemacht, wie etwa Buswartehäuschen oder Gehwegplatten auf dem Badenstedter Friedhof.

MEHR SOZIALARBEITER STATT ALKOHOLVERBOT IN DER INNENSTADT

Die CDU im Stadtbezirksrat Mitte macht sich seit geraumer Zeit für ein lustfeindliches Alkoholverbot in der Innenstadt stark. Es geht vor allem um den Raschplatz, da die große Freitreppe ein beliebter Treffpunkt für Koma-säufer/innen geworden ist. Genau das hatte die linke Bezirksratsfrau Petra Beimes schon vor Jahren kommen sehen und stimmte deshalb seinerzeit gegen den Bau dieser Treppe. Die Stadt hat bisher erreicht, dass die Ge-

schäftsleute im Hauptbahnhof nach 22 Uhr keine alkoholischen Getränke mehr verkaufen. Das bringe überhaupt nichts, ebenso wenig wie ein Alkoholverbot, mahnt Oliver Förste, LINKEN-Fraktionschef im Rat. „Dann trinken die Jugendlichen woanders im Verborgenen.“ Die Linksfraktion im Rat fordert deshalb, wie in Göttingen deutlich mehr Straßensozialarbeiter einzusetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat außerdem ähnlichen Verbotsplänen

in Freiburg eine Abfuhr erteilt. Laut Verfassungshüter ist es mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, in größeren Bereichen einer Stadt den öffentlichen Alkoholkonsum zu verbieten. Förste erinnert daran, dass der Konsum von Genussmitteln für viele Menschen ein Stück Lebensqualität ist. Es müsse ja nicht immer gleich in ein öffentliches Saufgelage ausarten.

ECHTES SOZIALTICKET STATT „TICKET S“!

Viele Jahre hat die Linksfraktion in der Regionsversammlung für ein Sozialticket für Busse und Bahnen kämpfen müssen, bevor SPD und Grüne nach langen Widerständen mit dem „Ticket S“ eine Lightversion einführten.

Es handelt sich um ein ermäßigtes Tagesticket mit einer zu erwerbenden Wertmarke. Dieser Berechtigtenausweis kostet jeden Monat 4 Euro, und für einen ermäßigten Fahrschein müssen die Anspruchsberechtigten 2,30 Euro berappen. Die Folge ist, dass Hartz-IV-Empfänger nur an maximal sieben Tagen im Monat mit Bussen und Bahnen fahren können. Dann ist der Regelsatz für Mobilität von rund 18,50 Euro aufgebraucht. Der relativ hohe Preis hält außerdem viele Anspruchsberechtigte davon ab, das Ticket S überhaupt zu kaufen. Rund 11.000 nutzen das Sozialticket light, theoretisch hätten 130.000 Personen Anspruch auf die Ermäßigung. Seit seiner Einführung vor zwei Jahren macht die LINKE in der Regionsversammlung deshalb Druck, damit aus dem „Ticket S“ ein echtes

Sozialticket wird: ein preiswerter Monatsfahrschein, der in der gesamten Region Hannover gilt. „Auch Arbeitslose und Geringverdiener müssen die Möglichkeit haben, jeden Tag mit Bussen und Bahnen zu fahren“, betont Stefan Müller, verkehrspolitischer Sprecher der Linksfraktion. „Und Berufstätige, deren Einkommen unter der Armutsgrenze von rund 950 Euro liegt, müssen auch vom Sozialticket profitieren.“ Sie gehen bisher komplett leer aus. Die Linksfraktion fordert, analog zum Kölner Modell einen Region Hannover Pass einzuführen. Dabei ist das Sozialticket mit vielen weiteren Vergünstigungen und Ermäßigungen verbunden, um so der sozialen Ausgrenzung von Arbeitslosen und Geringverdienern zu begegnen.

Für das
Sozial Ticket



02021943

Privatisierung der Altenheime war ein Fehler

■ Obwohl die Beschäftigten vor vier Jahren vor dem Zimmer des Regionspräsidenten im Regionshaus demonstrierten, verscherbelte Rot-Grün zusammen mit CDU und FDP die Altenpflegeheime in Burgdorf, Springe-Altenhagen und Laatzen an eine Privatfirma. Nur DIE LINKE in der Regionsversammlung stimmte damals dagegen und klagte auch vor Gericht gegen den Verkauf – leider vergeblich. Seitdem hat sich die Situation für die Beschäftigten aus Sicht der LINKEN deutlich verschlechtert. „Die Interessen der Beschäftigten wurden massiv geschliffen“, stellt Jörn Jan Leidecker, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Regionsversammlung, fest. Zudem habe der Verkauf der Pflegeheime der Region Unsummen gekostet. Was sich zunächst nach einem Widerspruch anhört, ergibt sich aus Zahlungen an die Zusatzversorgungskasse, auf die kommunale Mitarbeiter/innen Anspruch haben. Diese Zahlungen wollte der neue private Eigner nicht übernehmen, also musste die Region ran. Jörn Jan Leidecker warnt davor, dass die privaten Altenpflegeheimbetreiber bald auch die Qualität der Pflege nach unten treiben werden. Das könne man nur durch ein gutes Angebot an staatlichen Pflegplätzen auch im Umland verhindern. Er fordert von der Region, auch im Umland ein kommunales Pflegeangebot aufzubauen.

ZOO ZOCKT BEI EINTRITTSPREISEN AB

Der hannoversche Zoo hat die dritthöchsten Eintrittspreise in Europa. Selbst die bekanntesten Zoos in Deutschland liegen deutlich darunter (siehe Tabelle). Im hannoverschen Zoo steigen auch die Preise rasant. Kostete eine Eintrittskarte für Kinder und Jugendliche vor vier Jahren noch 12,80

Euro, sind es heute 16 Euro. Zum Vergleich: Im Berliner Zoo erhöhte sich der Eintrittspreis für Kinder und Jugendliche im selben Zeitraum von 5,50 Euro auf jetzt 6,50 Euro. Die Folge ist, dass sich Familien mit wenig Geld einen Besuch im hannoverschen Zoo nicht mehr leisten können. Das Nachsehen

haben vor allem die Kinder, weil ihnen die Eltern auch keinen Urlaub bezahlen können. DIE LINKE in der Regionsversammlung will das ändern und beantragte deshalb, dass Kinder und Jugendliche aus der Landeshauptstadt und dem Umland im Zoo freien Eintritt erhalten. Da so nicht nur mehr Kinder, sondern auch mehr Eltern den Zoo besuchen werden, gehen die Einnahmen wahrscheinlich kaum zurück.

Ausgewählte Eintrittspreise in Zoos

Zoo	Erwachsene	Kinder/Jugendliche
Hannover	23 EUR	16 EUR
Berliner Zoo	13 EUR	6,50 EUR
Hagenbecks Tierpark, Hamburg	17 EUR	12 EUR



POLITIKER GEHEN MIT NATURBAD HAINHOLZ BADEN

Die Stadt betreibt derzeit das Naturbad in Hainholz. Das war nicht immer so. Noch im Sommer vergangenen Jahres hatte das Bad bei bestem Sommerwetter geschlossen. Grund für die Schließung zur Badesaison war eine vom Gesundheitsamt festgestellte Verunreinigung mit gefährlichen Bakterien. Der damalige Betreiber, eine Unternehmungsgesellschaft aus Bezirksratsmitgliedern von SPD und CDU, musste deshalb



Bittere Realität und zugleich beredtes Zeichen des Scheiterns - das Hainholzer Bad im Sommer 2010

nach Saisonende aufgeben. Ursprünglich sollte die Gesellschaft das Bad auch nur kurzfristig betreiben, bis die extra zu diesem Zweck gegründete Stadtteilgenossenschaft eingetragen und in der Lage war, den Badbetrieb zu übernehmen. An dieser Genossenschaft war auch DIE LINKE beteiligt, die so einen direkten demokratischen Einfluss in-

teressierter Einwohner/innen sicherstellen wollte. Die Genossenschaft scheiterte allerdings wegen zu weniger Mitglieder und gezeichneter Anteile. Ein Bremsklotz war dabei auch der von der Stadt in Aussicht gestellte Zuschuss zum Betrieb des Bades, den DIE LINKE in Rat und Bezirksrat stets als unzureichend kritisierte. LINKEN-Ratsherr Oliver

Förste warnte zudem davor, den Betrieb des Bades an die Kommunalpolitiker und ihre Gesellschaft zu vergeben. Er vermisste etwa einschlägige Erfahrungen beim dauerhaften Betrieb eines Bades. Außerdem habe es einen negativen Beigeschmack, wenn die Ratsfrauen und -herren ihren eigenen Lokalpolitikern ein Geschäftsfeld zuschanzen, so Förste. DIE LINKE im Rat stimmte deshalb als einzige Fraktion dagegen.

Heute wünscht sich LINKEN-Bezirksrats Herr Fares Rahabi, dass die Stadt das Bad auf Dauer betreibt. Die Stadt habe das Know-how und erfahrenes, tariflich bezahltes Personal. An einer Privatisierung des Naturbades wird sich DIE LINKE nicht beteiligen. Sollte sich dagegen ein Verein um den Betrieb des Bades bewerben, der den direkten Einfluss der Einwohner/innen sichert, muss die Stadt dringend mehr Geld geben. Nur dann lässt sich das Naturbad bei sozialen Eintrittspreisen rentabel betreiben.

NEONAZIS TERRORISIEREN MISBURG UND KLEEFELD

Entgegen den Beschwichtigungsversuchen lokaler Politiker gibt es in den hannoverschen Stadtteilen Misburg und Kleefeld schon länger Probleme mit dem öffentlichen Auftreten von Neonazis. Schon im November 2007 schlugen und bespuckten mehrere Neonazis in Misburg zwei alternativ gekleidete Schülerinnen. Im Mai 2009 wurden zwei junge Antifaschist(inn)en von einer Gruppe Nazis verfolgt, bedroht und geschlagen. Als vor eineinhalb Jahren in der Neujahresnacht ein junger Antifaschist am Kröpcke zusammengeschlagen wurde, war unter den Tätern auch ein einschlägig bekannter Mann aus Kleefeld. In beiden Stadtteilen wurden Wahlplakate nicht nur der LINKEN abgerissen und zerstört, immer wieder tauchen ausländerfeindliche und nationalistische Schmierereien und Aufkleber auf.

In jüngster Zeit macht die Gruppe „Besseres Hannover“ auf sich aufmerksam. Diese

gewaltbereiten Nazis versuchen auch durch die Verteilung kostenloser Schülerzeitungen etwa an der IGS Roderbruch, Kinder und Jugendliche für ihr Gedankengut zu gewinnen. Ihre Aktionen und neofaschistischen Bestrebungen dokumentieren sie durch Videoaufzeichnungen im Internet und schrecken



dabei nicht vor Gewaltandrohungen zurück. Ein Höhepunkt der rechten Umtriebe war ein nächtlicher Fackelaufmarsch im Juni nach dem Vorbild der SA durch mehrere Straßen in Kleefeld.

Um den Umtrieben der Nazis etwas entgegenzusetzen, fordert DIE LINKE, Naziaufmärsche und die Verbreitung rassistischer Propaganda konsequent zu verbieten. Es müsse antifaschistische Projektstage an Schulen geben, regt Oliver Förste, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Rat, an. Und selbstverständlich dürfe die Stadt Nazigruppen keine öffentlichen Räume oder Plätze zur Verfügung stellen.

NIEDERFLURBAHNEN STATT HOCHBAHNSTEIGE AUF STADTBAHNLINIE 10!

Auf einer Anhörung im Bezirksrat Linden-Limmer hatte DIE LINKE vor zwei Jahren vorgeschlagen, statt weitere Hochbahnsteige zu bauen, sogenannte Niederflurbahnen auf der Stadtbahnlinie 10 einzusetzen. Diese ermöglichen auch einen barrierefreien Einstieg. Notwendig sind dafür nur 25 bis 30 Zentimeter hohe Borde, die im Gegensatz zu Hochbahnsteigen nicht die enge Limmerstraße in Linden verschandeln und deutlich preiswerter zu bauen sind. Seither ist die Diskussion um Niederflurfahrzeuge auf der Linie 10, der sogenannten D-Linie, nicht mehr verstummt.

Anlieger in Limmerstraße wehren sich

Gegen Hochbahnsteige in der Limmerstraße laufen Anwohner/innen und Geschäftsinhaber/innen Sturm. Drei rund 100 Meter lange Bahnsteige waren ursprünglich geplant. Sie würden den Raum für Fußgänger/innen und Radler/innen erheblich beeinträchtigen und die Aufenthaltsqualität, auch durch das Abholzen von Bäumen, deutlich verschlechtern. Trotz dieser Einwände haben die Verkehrsplaner von Stadt, Region und Üstra gegenüber der Niederflurtechnik große, zum Teil ideologische Vorbehalte. So wurde in einem Gutachten im Auftrag der Region aus dem vergangenen Jahr behauptet, dass die 25 bis

30 Zentimeter hohen Borde auf der Straße für die Niederflurbahnen fast genauso teuer seien wie Hochbahnsteige.

Der starke Protest gegen die Hochbahnsteige zeigt inzwischen Wirkung. Im Modell für die Hochbahnsteigvariante wurde die Länge der Bahnsteige auf 50 bis 60 Meter verringert. Ein Fahrbetrieb mit 3-Wagenzügen, der zu einem schlechteren Takt hätte führen können, ist nicht mehr vorgesehen. Die Region will außerdem ein neues Gutachten erstellen, um die verkehrlichen, städtebaulichen und finanziellen Auswirkungen der Hochbahnsteige und der Niederflurvariante noch einmal genau zu prüfen und miteinander zu vergleichen. Scheinbar glauben die Verantwortlichen in der Region ihrem Gutachten aus dem vergangenen Jahr selbst nicht mehr.

Auch östliche Südstadt würde profitieren

In diesem Gutachten hat die Region auch untersuchen lassen, inwieweit die D-Linie zwischen Ahlem und Aegi weiter bis zum Bismarckbahnhof fahren kann. Damit würde die östliche Südstadt ans Stadtbahnnetz angeschlossen und die oft verspätete und überfüllte Buslinie 121 entfallen. Auch dort

sind Niederflurfahrzeuge attraktiv: Die kleinen Hochborde kann man deutlich besser in die Sallstraße integrieren als große klobige Hochbahnsteige.

Nein zum Tunnel

Die Linksfraktionen in Rat und Regionsversammlung streiten nicht nur für eine attraktive Stadtbahnlinie 10 mit Niederflurfahrzeugen. DIE LINKE ist auch vehement dagegen, die D-Linie in einen Tunnel vom Goetheplatz bis zum Raschplatz zu zwingen. Auch das hatte die Region im besagten Gutachten untersuchen lassen. Kosten: 130 Millionen Euro, wovon die Region Hannover 30 Millionen Euro übernehmen müsste. Den Rest würden Bund und Land bezahlen. Zu den hohen Kosten käme weniger Service für die Fahrgäste. Die Innenstadt wäre schlechter erreichbar, weil die Bahn hinter dem Goetheplatz unter die Erde verschwinden und nur unter den U-Bahnstationen Steintor und Hauptbahnhof halten würde. Allein der lange Weg bis an die Oberfläche aus dieser sogenannten Minus-3-Ebene würde die Fahrzeitgewinne aufzehren. Zudem wären die Stationen in den Abendstunden kein Ort, an dem sich Fahrgäste wohl fühlen. Nur das Umsteigen in Richtung Podbi und Vahrenwalder Straße würde sich verbessern.

STEUERGELD FÜR MESSEFÜHRUNG



Mit je 125 Millionen Euro haben Stadt und Land vor drei Jahren das Eigenkapital der Deutschen Messe AG erhöht – nur DIE LINKE stimmte dagegen. Dafür machte die Stadt neue Schulden. „Es ist ein Üdning, dass die Steuerzahler für die Fehler der Messeführung bluten mussten“, so LINKEN-Fraktionschef Oliver Förste. „Offensichtlich haben die Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat die Geschäftsführung nicht

hinreichend kontrolliert.“ Gründe für die finanziellen Probleme der Messe waren wertvernichtende Sonderabschreibungen für die Messehallen, die zur Expo gebaut wurden und seit dem Ende der Weltausstellung leer stehen. Zusätzliche rote Zahlen entstanden durch ein sogenanntes Cross-Border-Leasing-Geschäft, bei dem die Messeführung mehrere Hallen an ein US-Unternehmen verkaufte und sie anschließend mietete. Um dieses Geschäft rückgängig zu machen, musste die Messeführung viele Millionen an Schadensersatz zahlen. Nur DIE LINKE wendete sich von Beginn an gegen diese Form der Privatisierung und beantragte, die Verträge offenzulegen.

KLAGESMARKT ALS FREIRAUM UND VERANSTALTUNGSORT ERHALTEN!

Mit dem Konzept City 2020 plant die Stadt, den Klagesmarkt mit mehrstöckigen Wohn- und Geschäftshäusern zuzubauen. Nur DIE LINKE im Rat ist dagegen – denn den Klagesmarkt nutzen die Hannoveranerinnen und Hannoveraner seit Jahrhunderten als Ort für Veranstaltungen und Demonstrationen. Vor allem im vergangenen Jahrhundert haben dort immer wieder linke und demokratische

Gruppen zuerst gegen den historischen Faschismus und später gegen Neonazis demonstriert. „Wir wollen den Klagesmarkt deshalb als Ort der ‚Geschichte von unten‘, aber auch als Platz für Veranstaltungen erhalten“, unterstreicht Linken-Fraktionschef Oliver Förste. „Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass die Gewerkschaftsspitzen in Hannover damit einverstanden sind, in Zukunft auf den Klagesmarkt als Veranstaltungsort der traditionellen 1.-Mai-Kundgebungen zu verzichten. Schließlich liegt dieser Platz zentral zwischen den Gebäuden der Einzelgewerkschaften und des DGB.“ Der Tramplatz vor dem Rathaus sei deshalb kein wirklicher Ersatz für den Klagesmarkt, auch würden dort längst nicht so

viele Besucher und Stände hinpassen, so Förste.

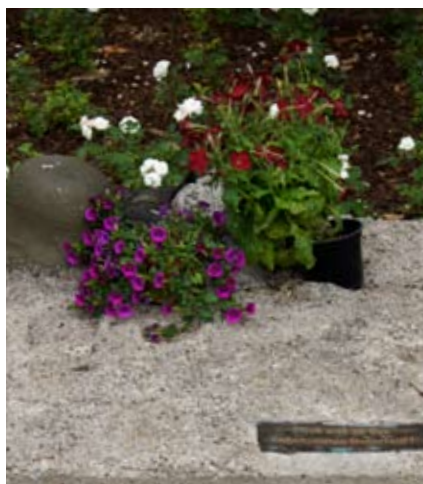
Das geplante Zubauen des Klagesmarktes ist keine Ausnahme. Auch an anderen Stellen der Innenstadt lässt die Ratsmehrheit von SPD und Grünen Plätze verschwinden. So hat die Stadt beschlossen, den Andreas-Hermes-Platz hinter dem Bahnhof und den Steintorplatz zu bebauen. Wenn auch diese beiden Plätze mit Beton gefüllt werden, gibt es im nordwestlichen Teil der Innenstadt keine öffentlichen Plätze mehr. Auch unter städtebaulichen Gesichtspunkten hält DIE LINKE nichts vom Zubauen des Klagesmarktes. So würden mit der Bebauung die Sichtachse von der Goseriede bis zur Christuskirche und die bisherige Funktion des Klagesmarktes als Schneise für Kaltluft in heißen Sommern verloren gehen. „Wir wenden uns entschieden gegen den Ausverkauf von öffentlichen Plätzen an private Investoren“, betont Oliver Förste.



MAHNMAL FÜR UNBEKANNTEN DESERTEUR AUFGEWERTET

Auf Antrag der LINKEN im Rat hat die Stadt das Mahnmahl für den unbekanntem Deserteur saniert und anschaulicher hergerichtet. Es steht vor dem Rathaus jetzt auf einem Sockel und ist damit auch für die vielen ausländischen Besucher/innen eindrucksvoller zu sehen. Dem linken Antrag stimmte damals auch die FDP-Fraktion zu, die in ihren Reihen einen Stabsarzt der Bundeswehr hat. „Eine meines Erachtens anerkanntswerte Einstellung“, sagte LINKEN-Ratsherr Ludwig List bei der Kranzniederlegung am 8. Mai vergangenen Jahres, dem Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus. „Zum Gedenken an alle Deserteure in allen Ländern, die unter dem gleichen Schicksal der Missachtung und Unterdrückung leiden, auch im Gedenken an deren Familien und Freund(inn)en möchte ich hier im Namen aller Anwesenden diesen Kranz niederlegen und damit unsere Achtung und Anerkennung für den Mut zu ihrer Gewissensentscheidung zum Ausdruck bringen“, würdigte List

in seiner Ansprache. „Die Deserteure haben für unsere Zukunft vorbildlich gezeigt, dass gesellschaftliche Vorschriften nicht von der eigenen Verantwortung entbinden können, sondern jede und jeder für sich und sein Tun verantwortlich ist.“ Das gelte für den Zweiten Weltkrieg wie für die heutige Zeit.



Impressum

Herausgeberinnen:

**Fraktion DIE LINKE im Rat der
Landeshauptstadt Hannover**

Leinstr. 16, 30159 Hannover
Tel.: 0511 168 463-48, Fax: /-76
www.linksfraktion-hannover.de

Email:

heidrun.tannenberghannover-rat.de

**Fraktion DIE LINKE in der
Regionsversammlung Hannover**

Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover
Tel.: 0511 616 211-62, Fax: /-63
www.dielinke-regionsfraktion.de

Email:

kontakt@die-linke-regionsfraktion.de

Redaktion:

Michael Fleischmann

V.i.S.d.P.: Oliver Förste

Satz: Markus Hintze

ROT-GRÜNE NULLNUMMER BEI STROM- UND GASSPERREN

Eine „glatte Nullnummer für die Betroffenen“ nannte der linke Ratscherr Oliver Förste das vor zwei Jahren von der Verwaltung vorgelegte „Konzept zur Vermeidung sozialer Härten durch Strom- und Gassperren“. Wegen des Drucks der Linksfraktion, die Energiesperren durch die Stadtwerke untersagen lassen will, setzte Rot-Grün eine Arbeitsgruppe ein, die ein Konzept erarbeiten sollte. Danach sollten die Informationen zum Mahnverfahren „kundenfreundlicher formuliert“ werden und ein mehrsprachiger Flyer über Handlungsmöglichkeiten informieren. Man wollte verstärkt auf Einzugsermächtigungen setzen. Die Arbeitsgruppe schlug zudem vor, die Laufzeit von Ratenzahlungen von einem auf zwei Jahre zu verlängern, wenn sich der Kunde an eine Schuldnerberatungsstelle wendet. „Diese Vorschläge helfen den Betroffenen überhaupt nicht“, wusste Oliver Förste schon damals. Eine Einzugsermächtigung etwa nütze gar nichts, wenn das

Konto bis zum Anschlag überzogen sei. Tatsächlich entpuppten sich die wohlgemeinten rot-grünen Vorschläge als ein Schlag ins Wasser. „Das Konzept ist nur ein Placebo für Menschen mit einem sozialen Gewissen“, so Förste heute. DIE LINKE fordert, umgehend Sozialtarife bei Strom und Gas für Menschen mit wenig Geld einzuführen. Laut dem Verbraucherportal Verivox übersteigen derzeit allein die Stromkosten den dafür im Hartz-IV-Regelsatz vorgesehenen Betrag um durchschnittlich 45 Prozent.



Undemokratische Pläne für Migrationsausschuss gestoppt

■ Wenn es nach SPD und den Grünen gegangen wäre, hätte Oberbürgermeister Stefan Weil darüber entscheiden dürfen, wer als beratendes Mitglied in den Migrationsausschuss der Stadt entsandt wird. Beide Ratsfraktionen wollten den Ausschuss in Internationalen Ausschuss umbenennen und neu besetzen lassen. Neben den elf Ratsmitgliedern sollten dem Ausschuss zwölf weitere Vertreter/innen, man spricht auch von beratenden Mitgliedern ohne Stimmrecht, angehören. Das Auswahlverfahren sah zwar vor, vorher eine Findungskommission einzusetzen, aber das letzte Wort hätte Stefan Weil gehabt. „Das widerspricht der Niedersächsischen Gemeindeordnung, nach der die Fraktionen das Recht haben, die beratenden Ausschussmitglieder zu benennen“, kritisierte LINKEN-Fraktionschef Oliver Förste. Um das undemokratische Verfahren zu stoppen, schaltete DIE LINKE die Kommunalaufsicht des Landes ein. Diese antwortete unmissverständlich und kassierte den Ratsbeschluss. Die beabsichtigte Neugestaltung des Migrationsausschusses entspreche „nicht den gesetzlichen Vorgaben“, heißt es im Schreiben des Innenministeriums.

KAMPF GEGEN SCHLISSUNG DER STADTBIBLIOTHEK IN LINDEN-LIMMER

SPD und Grüne betonen in der Öffentlichkeit immer gern, wie wichtig ihnen Kultur und Bildung sind. Die Politik dieser Parteien im hannoverschen Rat ist dagegen eine andere. Die beiden Mehrheitsfraktionen haben in den vergangenen Jahren zehn Stadtbibliotheken geschlossen, um Geld zu sparen, wie es heißt (siehe Kasten). Jetzt wollen sie auch die Stadtbibliothek an der Limmerstraße in Hannover-Linden dicht machen. Mehr als 25.000 Hannoveranerinnen und Hannoveraner und Prominente haben dagegen mit ihrer Unterschrift protestiert. Unterzeichner sind unter anderem Oskar Lafontaine, Mirko Slomka, Norbert Blühm und Bundespräsident Christian Wulff. Auch die umliegenden Schulen und Kindertagesstätten sowie der Stadtelternrat haben sich gegen die Schließung ausgesprochen. Kein Wunder, denn vor allem Kindergärten und Horte in Linden-Nord und Limmer sind auf die nahe Bücherei im Freizeitheim Linden angewiesen.

SPD und Grüne geben sich vom Protest unbeeindruckt und wollen die Bibliothek an der Limmerstraße mit der am Lindener Markt zusammenlegen. Dadurch gehen nicht nur fünfzehn qualifizierte Arbeitsplätze verloren: Statt elfeinhalb Mitarbeiter/innen müssen dann nur noch sechs Beschäftigte die gleiche Arbeit verrichten. „Mit der Schließung von Bibliotheken fördern SPD und Grüne auch die Bildungsarmut“, kritisiert der linke Ratscherr Ludwig List. Gerade Kinder von Arbeitslosen und Geringverdienern können sich die zusätzlichen Kosten für eine Üstra-Fahrkarte oft nicht leisten. Diese ist nicht selten erforderlich, um mit Bus oder Stadtbahn zur weiter weg gelegenen nächsten Bücherei zu gelangen. Besonders betrof-

fen sind Eltern von jungen Kindern, die noch nicht selbstständig die Bibliothek besuchen können. Ein längerer Weg zum Buch vergrößert außerdem die Hürde, dieses wichtige Bildungsangebot auch tatsächlich zu nutzen. „Der Protest geht weiter“, verspricht Ludwig List dem Oberbürgermeister. „Mit der Linken wird es gemeinsam mit den Bürgerinitiativen keine Büchereischließungen geben.“

SPD und Grüne haben Bibliotheken bisher in folgenden Stadtteilen dicht gemacht:

- Ahlem
- Anderten
- Bemerode
- Hainholz
- Mittelfeld
- Wettbergen
- Ricklingen: Eine von ehemals zwei Bibliotheken wurde geschlossen
- List: Auch dieser Stadtteil hat nur noch eine Bibliothek
- Die Bibliothek in der Südstadt wurde zur Kinder- und Jugendbücherei zusammengeschumpft
- Berufsschulbücherei an der Gustav-Bratke-Allee
- Ein Büchereibus wurde gestrichen